



## Bundeshaushalt 2025

### **DPoIG Bundespolizeigewerkschaft: Aufstockung der Mittel für die Bundespolizei ist ein wichtiges innenpolitisches Signal – Herausforderungen werden wachsen**

Als ein wichtiges innenpolitisches Signal hat die **DPoIG Bundespolizeigewerkschaft** die Erhöhung der Haushaltsmittel für die Bundespolizei im kommenden Jahr um 312 Mio Euro bezeichnet. Weitere Mittel für den Ausbau des Digitalfunks kommen hinzu; im Jahr 2024 war der Haushalt der Bundespolizei insgesamt um rund 500 Mio Euro gekürzt worden. Die **DPoIG** hatte massive Kritik geübt und von einem „kaputtsparen der Bundespolizei“ gesprochen. Jetzt gehe es wieder in die richtige Richtung, so der Vize-Vorsitzende Manuel Ostermann, der für 2024 aber noch weitere Millionen anmahnte.

In Potsdam erklärte der Vize-Vorsitzende der **DPoIG Bundespolizeigewerkschaft**, Manuel Ostermann:

„Natürlich sehen wir mit großer Zustimmung, dass sich unser massiver Protest gelohnt hat und die Bundesregierung beim Haushalt für nächstes Jahr zur Besinnung gekommen ist. Deutschland braucht auch in der Innenpolitik die Zeitenwende, denn Herausforderungen werden nicht kleiner werden. Die Sicherung unserer Grenzen durch stationäre Grenzkontrollen wird weitergehen müssen, das zeigen die bisherigen Ergebnisse, aber auch das noch immer nicht umfassend funktionierende europäische integrierte Grenzschutzmanagement. Auch wenn einige EU-Länder ihre Außengrenzen mittlerweile solide und robust schützen, kann man dort nicht von Entwarnung sprechen.“

Die jüngsten Umfragen zum Sicherheitsgefühl der Menschen in Deutschland zwingen den Staat zum Handeln. Die Furcht vor Überfällen, sexueller Gewalt und Diebstahlsdelikten war noch nie so hoch, der öffentliche Raum ist insbesondere für viele Frauen zum Angstraum geworden. Dies gilt auch für die Situation an unseren Bahnhöfen, wo die Gewalt in den letzten Jahren förmlich explodiert ist. Wenn wir wollen, dass die Menschen öffentliche Verkehrsmittel nutzen, müssen wir für mehr Polizeipräsenz und modernste Videoaufklärung sorgen.

Auch auf die dramatische Lage unserer Spezialeinheiten haben wir hingewiesen; wir erwarten von unseren Kräften, dass sie sich ohne zu zögern für unsere Sicherheit in Lebensgefahr begeben. Sie haben Anspruch auf ausreichende Mittel, um lebensnotwendige Trainings zu absolvieren. Deshalb wird es auch notwendig sein, für 2024 mehr Geld bereitzustellen, denn die Mittel werden schon bald erschöpft sein; die Bundespolizei kann aber ihre Arbeit nicht einstellen.

Die Erhöhung der Mittel für 2025 sehen wir als ersten Erfolg unserer Proteste, aber wir werden da nicht nachlassen. Deutschland muss auch im Innern für besondere Einsatzlagen gerüstet sein. Niemand weiß, welche Folgen künftige Wahlgänge, die Migrationslage und der Krieg in der Ukraine oder wachsende Polarisierung der öffentlichen Debatten haben werden. Und auch auf Terroranschläge und Attacken auf unsere kritische Infrastruktur müssen wir erheblich besser vorbereitet sein, als wir es jetzt sind. Deshalb muss die Bereitschaftspolizei der Bundespolizei erheblich gestärkt und die hohen Einstellungszahlen verstetigt werden!“